

Friedhelm Hengsbach SJ

Kirche in Europa

Ein Lernziel für deutsche Katholiken

Während des vergangenen Jahres hat die Europa-Diskussion innerhalb der katholischen Kirche eine deutlich wahrnehmbare Belebung erfahren. Ihr Beginn ist durch die Erklärung der belgischen Bischöfe vom 23. 11. 1976 markiert; Paul VI. hat sich in einer Botschaft an den Europarat vom 26. 1. 1977 geäußert; die europäischen Bischofskonferenzen veröffentlichten am 29. 6. 1977 ein „Wort zu Europa“.

Den programmatischen Aufrufen folgte im Sommer jeweils ein „Flügeltreffen“: einmal in festlich-zeremoniellem Rahmen das Europa-Wochenende in Ottobeuren am 18./19. 9. 1977, zu dem der Augsburger Bischof Stimpfle (christlich-)konservative Politiker und prominente Vertreter der katholischen Kirche eingeladen hatte – und zum anderen der Europa-Kongreß der Internationalen Paulus-Gesellschaft vom 6. bis 10. 9. 1977 in Salzburg, auf dem Gesprächspartner unterschiedlicher weltanschaulicher Herkunft die Überwindung des zwischen den Machtblöcken existierenden ideologischen Antagonismus, unter anderem die begrenzte Vereinbarkeit von christlichem Glauben und marxistischer Gesellschaftsanalyse diskutierten. Schließlich versammelte gegen Ende des Jahres, vom 1. bis 3. 12. 1977, das katholische Sekretariat für europäische Fragen zusammen mit dem ökumenischen Zentrum in Brüssel Mitglieder der anglikanischen, evangelischen und katholischen Kirche aus Frankreich, England, Italien, Belgien, Holland, Spanien und Deutschland sowie leitende Beamte der EG-Kommission zu einem Kolloquium, das „Christliche Überlegungen zur wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzung des europäischen Aufbaus“ zum Thema hatte.

Die Appelle und Veranstaltungen, die unmittelbar durch die ursprünglich 1978 vorgesehene Direktwahl des europäischen Parlaments ausgelöst sein mögen, haben die deutschen Katholiken nicht unbeteiligt gelassen; drei Wirkungen, die nicht an den Zeitpunkt der Durchführung der Europawahl gebunden bleiben, sind ablesbar oder wenigstens wahrscheinlich:

1. Der Freiburger Katholikentag 1978 widmet dem Europagedanken ein Veranstaltungsfeld.

2. Man ist sensibel geworden für den zunehmenden Abstand zwischen den ursprünglichen Zielsetzungen der Europabewegung und der alltäglichen Wirk-

lichkeit des Einigungsprozesses. Im einzelnen: Man sieht schärfer den Widerspruch zwischen der Idee der Wirtschaftsunion, die den Menschen in Europa wachsendes Einkommen, Vollbeschäftigung, eine bessere Versorgung mit Gütern und Diensten, und über das wirtschaftliche Wachstum eine Höherentwicklung zu mehr Freiheit und mehr Menschsein versprach, und den Verhandlungen des Ministerrats, der wie in einer Marktbude um Quoten für Rindfleisch und Magermilchpulver oder um Preise für Butter und Tomaten feilscht. Darüber hinaus registriert man die Unvereinbarkeit der Bekenntnisse zur monetären Solidarität, die stufenweise eine Einheitswährung herbeiführen sollte, um konjunkturelle Antriebskräfte von einem Land auf die anderen zu übertragen bzw. Abschwächungstendenzen in einem Land durch die Verteilung auf andere abzumildern, und der tatsächlichen Abkoppelung einzelner Staaten vom Währungsverbund, weil weiterhin nationale Ziele den gemeinsamen vorangestellt werden. Außerdem nimmt man zur Kenntnis, daß die politische Union ein Wunschtraum bleibt, solange nationale Egoismen und gewalttätige Ausschreitungen gegen Fremde die seit Kriegsende aufrichtig gemeinte Versöhnungsbereitschaft und den Wunsch, alte Vorurteile zu begraben, wieder aushöhlen. Und schließlich wird man hellsichtig für die Divergenz der theologischen und sozialpolitischen Konzeptionen in den europäischen Kirchen, für den Rückfall in ein isoliertes Kreisen um die eigenen Sorgen, während man sich nostalgisch an das Zweite Vatikanische Konzil erinnert, als Bischöfe wie Suenens, Liénart, Alfrink, Lercaro, Frings und Döpfner die kollektive Selbstbehauptung der Regionalkirchen gegenüber der römischen Zentrale artikulierten, und die Hauptdokumente des Konzils die gemeinsame Glaubenssicht der europäischen Kirchen wiedergaben.

3. Im Bewußtsein dieser widersprüchlichen Situation scheuen sich die deutschen Katholiken, die Fehler ihrer politischen Freunde zu wiederholen und den katholischen Nachbarn das Kirchenmodell Deutschland als zustimmungswürdiges Muster zu empfehlen. Sie drängeln sich nicht in die Rolle des Muster-schülers, der vor der Schulklasse die auswendig gelernten und liebgewonnenen Texte aufsagt, um zu vermeiden, daß der in Europa vorherrschende Eindruck des „häßlichen Deutschen“ in den Nachbarkirchen durch die Vorstellung des „häßlichen deutschen Katholiken“ angereichert wird. Umgekehrt sind die deutschen Katholiken auf Grund der intensiven Begegnungen mit Christen aus den Nachbarkirchen dabei, sich einem Prozeß des Lernens zu unterziehen – daß nämlich die Merkmalsausprägungen einer Kirche in Europa, also jener Glaubensgemeinschaft, deren Situationskontext, Reflexionsbasis und Praxisfeld die europäische Raumdimension bildet, und die im folgenden verkürzt als Euro-Kirche bezeichnet wird, nicht identisch sind mit denen der Kirche in der Bundesrepublik. Vier Schritte dieses Lernprozesses sollen im folgenden aufgezeichnet werden.

Nord-Süd-Konflikt

Unter den deutschen Katholiken existiert eine zahlenmäßig nicht unbedeutende Gruppe, deren Erinnerung stark durch die Erfahrung des verlorenen Kriegs und durch den Verlust ihrer Heimat geprägt ist. Dabei sind die Zerstörung der Wohnungen, die Demontage von Industrieanlagen sowie die Notwendigkeit, am Nullpunkt anzufangen, eher zu vergessen als der Verlust eines Drittels des ehemaligen Reichsgebiets. Aber selbst wenn es um eine bloße Gebietsabtretung gegangen wäre, hätte man sich damit abgefunden. Die Teilung Deutschlands hat jedoch einen anderen Charakter: jenseits von Stacheldraht und Mauer hat sich ein fremdes Gesellschaftssystem etabliert, das weltanschaulich, aber noch mehr politisch als Bedrohung der eigenen Existenz empfunden wird. Dementsprechend wird das Bündnis mit den USA, der westlichen Hegemonialmacht, meist unbestritten bejaht, der Natobeitrag zuverlässig entrichtet. Kritisch und mißtrauisch werden Stimmungslage und Reaktion im Osten beobachtet, Menschenrechtsverletzungen sorgfältig registriert.

Doch nicht nur Angst vor der östlichen Bedrohung prägt die Mentalität deutscher Katholiken, sondern mehr noch das persönliche Interesse für die Menschen, mit denen sie zum Teil durch die gleiche Sprache verbunden sind. Unter Rückgriff auf das Erbe des christlichen Abendlands und die Entstehungsgeschichte des gemeinsamen europäischen Geistes oder auch auf das durch das Bundesverfassungsgericht aktuell interpretierte Wiedervereinigungspostulat des Grundgesetzes erinnern deutsche Katholiken daran, daß Europa nicht an der Mauer, der sogenannten DDR-Grenze, endet. Sie fühlen sich zu einer Sendung verpflichtet, im Westen Europas der Stimme des Ostens, der sich nicht melden kann, Gehör zu verschaffen. Deshalb ist die Irritation deutscher Katholiken verständlich, als die Absichten des Vatikans durchsickerten, den in der DDR liegenden Teilen westdeutscher Diözesen einen autonomen Status mit selbständigen Bischöfen zu geben; solche Pläne stoßen weithin auf entschiedene Ablehnung.

Der erste Lernschritt deutscher Katholiken besteht darin, daß in einer Euro-Kirche der Ost-West-Gegensatz gegenüber dem Nord-Süd-Konflikt, der „sozialen Frage des 20. Jahrhunderts“, möglicherweise zweitrangig erscheint.

1. Einmal hat es den Anschein, als ständen die Katholiken in den europäischen Nachbarländern der militärischen und wirtschaftlichen Allianz mit den USA nicht so unbefangen gegenüber, wie es in Deutschland überwiegend der Fall ist, und als sei die Neigung weniger stark entwickelt, die eigene politische Position durch das Koordinatenkreuz der Supermächte USA und UdSSR erschöpfend festzulegen.

2. Zum anderen richten sich die Erwartungen der Dritten Welt auf Europa als eine neben den USA und Japan dominante Wirtschaftsmacht. Die EG gelten als fähig zu einer Kooperation ohne militärische Hegemonie, kapitalistische

Ausbeutung und politische Dominanz. So bestehen zwischen den EG und 52 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik auf Grund der Lomé-Konvention besondere Beziehungen.

Die deutschen Katholiken können zwar auf die weltweit beachteten Hilfswerke Misereor, Missio und Adveniat hinweisen; doch scheint das Bewußtsein noch wenig verbreitet zu sein, daß karitative und sozialorientierte Projekthilfe nicht aus dem sozioökonomischen und politischen Beziehungsgeflecht herauszulösen ist, und daß sie schon gar nicht ein Feigenblatt sein kann für die strukturelle Beherrschung, denen Entwicklungsländer auf Grund der internationalen Wirtschafts- und Währungsordnung ausgeliefert sind. Der Protektionismus der EG im Agrar- und Textilsektor sowie die Hinhaltetaktik der Deutschen im Verein mit den USA in der internationalen Rohstoffdiskussion beweisen, daß die vertrauten Bekenntnisse zur Marktwirtschaft allzuoft der Verschleierung eigener Interessen dienen und weniger dem Geist partnerschaftlicher Zusammenarbeit entsprechen.

Man muß zugestehen, daß der Würzburger Synodenbeschluß „Der Beitrag der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland für Entwicklung und Frieden“ eindringlich das Anwaltsbewußtsein und die Anwaltspraxis der deutschen Katholiken zugunsten der Dritten Welt beschworen hat; doch fällt bei einem Vergleich dieses Textes und noch mehr der in der Bundesrepublik vorherrschenden katholischen Soziallehre-Bücher mit der Entwicklungszyklika Pauls VI. oder der Römischen Bischofssynode von 1971 auf, in welch begrenztem Ausmaß die deutschen Katholiken deren Sprache, Basisoption, Systemkritik und Forderungskatalog übernommen haben; während die römischen Dokumente in zahlreichen Punkten bis zur wörtlichen Übereinstimmung die Position des internationalen „Südens“ sich zu eigen machen, dürfte die Mehrheit der deutschen Katholiken eher die Mentalität des weltwirtschaftlichen „Nordens“ widerspiegeln.

Eine Euro-Kirche als Lernziel bietet den deutschen Katholiken die Chance, mehr als bisher die strukturellen Koordinaten des Nord-Süd-Konflikts zur eigenen politischen Ortsbestimmung heranzuziehen.

Konkrete Problemfelder

Die deutschen Katholiken haben die rechtspolitischen Reformen der sozial-liberalen Koalition mit einer Grundwertediskussion begleitet, die in der Öffentlichkeit starke Beachtung fand und im Jahr vor der Bundestagswahl 1976 die politischen Führungsspitzen der Parteien zu Stellungnahmen herausforderte. Diese Diskussion hat verschärft ins Bewußtsein gehoben, daß der Mensch nicht auf die Summe seiner materiellen Bedürfnisse eingrenzbar ist, daß er zur Identi-

tätsfindung einer Wertorientierung bedarf, daß das menschliche Zusammenleben auf einen gemeinsamen Bestand fester Überzeugungen angewiesen ist, und daß die scharfe Funktionstrennung zwischen Staat und Gesellschaft im Hinblick auf ein bestehendes oder entstehendes Wertsystem unrealistisch erscheint.

Wollte man einige Merkmale dieser nach der Wahl wieder abklingenden Diskussion skizzieren, so ließe sich zunächst auf den überwiegend definitorischen Zungenschlag hinweisen – daß z. B. Grundwerte Voraussetzungen und Maßstab für ein menschenwürdiges Leben als Gemeinschaft darstellen, daß der Bestand jeder Gemeinschaft an die Geltung bestimmter Grundwerte gebunden ist, daß die Frage der Grundwerteordnung die Frage nach dem Sinn des Lebens berührt. Aussagen dieser Art als Selbstverständlichkeiten zu erkennen, dürfte halbwegs intelligenten und verantwortlichen Menschen nach erfolgter Absprache über eine zweckmäßige Definition der Grundwerte nicht schwerfallen. Außerdem nahm die Grundwertediskussion häufig die literarische Gattung von Bekenntnissen und Appellen an, die zwar mit wolkiger Motivationskraft ausgestattet, aber relativ abstrakt und inhaltsleer, wenn auch weitgehend zustimmungsfähig sind; dem Postulat, daß die Würde der menschlichen Person, Freiheit und Gerechtigkeit Orientierungsmaßstäbe für Staat und Gesellschaft bleiben müssen, wird niemand sein Einverständnis versagen. Dialektische Rhetorik verleitet zu pauschalen Urteilen über Entwicklungstendenzen der gegenwärtigen Gesellschaft etwa der Art, daß das Grundwertgefüge bestritten und abgebaut wird, subjektive Beliebigkeit an die Stelle personaler Verantwortung tritt und das Wert- und Normbewußtsein sich verschiebt. Werden jedoch Tautologien, Bekenntnisformeln und Pauschalurteile in handfeste Ansprüche umgemünzt, dann entsteht leicht der Eindruck, als sei man überwiegend um die Konservierung traditioneller Einstellungen, um das Festschreiben historischer Grundgesetzinterpretationen oder um die Durchsetzung partieller Gruppeninteressen, denen man schichten- und mentalitätsmäßig nahesteht, besorgt.

Der zweite Lernschritt der deutschen Katholiken besteht darin, daß in einer Euro-Kirche weniger Interesse an einer Grundwertedebatte vorhanden ist als an der Wahrnehmung von Eckdaten, die das soziale Engagement europäischer Christen herausfordern.

Eckdaten sind konkrete Problemfelder, die sich dem sozialkritischen Bewußtsein im Rahmen einer Situationserfassung aufdrängen. In den Europäischen Gemeinschaften zählen darunter die sechs Millionen Arbeitslose mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Frauen und Jugendlichen; die wirtschaftliche, soziale und kirchliche Diskriminierung der Frau; die Benachteiligung der jüngeren Generation im Zugang zu vergleichbaren Bildungschancen insbesondere im Rahmen der beruflichen Ausbildung; der Ausschluß der Arbeitnehmer von wirtschaftlich relevanten Entscheidungsprozessen und -ergebnissen bzw. breiter Bevölkerungsgruppen von der politischen Verantwortung; die wirtschaftliche

Ausbeutung ausländischer Arbeiter in den industriellen Ballungsgebieten sowie die Unterentwicklung peripherer Gebiete und der dort lebenden Bevölkerung; die Interessenverflechtung von Rüstungsproduzenten, Militärs und politischen Entscheidungsträgern; der Legitimitätsverfall parlamentarischer Gremien, die durch eine bürokratische Verwaltung von der demokratischen Basis abgetrennt werden; die Verfassungsverletzung bei der willkürlichen Einschränkung von Grundrechten unter Berufung auf übergesetzlichen Notstand oder öffentliche Sicherheit.

Warum sollen die deutschen Katholiken die Wahrnehmung von Eckdaten lernen, anstatt die Grundwertedebatte fortzusetzen, und warum sollen sie die Wahrnehmung gerade dieser Eckdaten lernen?

1. Eckdaten haben den sogenannten Grundwerten voraus, daß sie empirisch einzugrenzen, der intersubjektiven Überprüfung eher zugänglich und zum großen Teil auch numerisch erfaßbar sind. Außerdem reflektieren sie die gesellschaftliche Situation, aus deren Kontext die Wertorientierung der in Europa lebenden Menschen nicht herauszulösen ist. Die Situationserfahrung geht nämlich konstitutiv in den Wertbildungsprozeß ein; sie akzentuiert die Impulsrichtung des Wertbewußtseins, insofern sich innerhalb eines komplexen Theorie-Praxis-Zusammenhangs analytische Erkenntnis, intuitive Wahrnehmung und Optionsrichtung gegenseitig bedingen. Demgegenüber hat die Grundwertedebatte in der Bundesrepublik die offene Flanke traditioneller ethischer Argumentation dargelegt, die letztlich auch den Hintergrund des auf dem Rücken von Adveniat ausgetragenen Streits zwischen der scholastisch-katholischen Soziallehre in ihrer durch den Arbeitskreis „Kirche und Befreiung“ eingefärbten germanischen Spielart und der frankophon inspirierten „Theologie der Befreiung“ bildete: die mangelnde Berücksichtigung der gesellschaftlichen Situation und deren Funktion bei der Wert- und Normfindung. Ein ausschließlicher Rückgriff auf aus der Vergangenheit unverändert übernommene oder unreflektiert behauptete Wertprämissen, aus denen scheinbar zwingend greifbare (tages- und parteipolitische) Imperative abgeleitet werden, läßt sich gerade noch so lange aufrechterhalten, als der moderne Stand sozialetischer Diskussion nicht einmal ansatzweise zur Kenntnis genommen wird. Und schließlich bilden Eckdaten den Ausgangspunkt für die Formulierung von Eckwerten, d. h. von gesellschaftlichen Zielsetzungen, die wiederum den kleinsten gemeinsamen Nenner des praktischen Zusammenlebens von Menschen mit unterschiedlichen und nicht aufeinander rückführbaren Werthorizonten darstellen. Sie sind die Dialogplattform für atheistische Marxisten/Humanisten und Christen innerhalb einer europäischen Gesellschaft, die weder die Pluralität umfassender Sinnentwürfe einebnen noch auf einen tragfähigen Bestand gemeinsamer Optionen verzichten will.

2. Die Ausweitung der räumlichen Erfahrungsdimension bringt eine Gewichtsverlagerung gesellschaftlicher Eckdaten mit sich. Eckdaten, die einen

nennenswerten Teil der Aufmerksamkeit deutscher Katholiken beanspruchen, verlieren in europäischer Perspektive und auf Grund veränderter Gewichtung durch die Katholiken in den Nachbarländern ihren Stellenwert, werden auch durch andere ersetzt. Eine solche Eckdatenverschiebung ist die Konsequenz zeitlicher Entwicklung und räumlicher Ausdehnung menschlicher Gesellschaften oder gewandelter Einflußmöglichkeiten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Parallel dazu verschiebt sich das Gewicht bestimmter Eckwerte: z. B. monetärer Stabilität oder Vollbeschäftigung, einer Friedenssicherung durch Abschreckung oder Entspannung, wirtschaftlichen Wachstums oder sozialer Verteilung, institutioneller Absicherung oder persönlicher Intimität. Eckwertverschiebungen halten die Wertsumme einer Kombination konstant; lediglich die Rangfolge der Elemente verändert sich. Einer analogen Rangverschiebung sind natürlich auch die sogenannten Grundwerte nicht entzogen: Freiheit und Gerechtigkeit, Autonomie und Solidarität können als Brennpunkte einer variablen Wertellipse erfahren und beurteilt werden. Freiheit wird dann mehr oder weniger verstärkt im sozialen Kontext gesehen, das Volumen persönlicher Freiheit wird mehr oder weniger am realisierbaren Grad gemeinsamer Freiheit gemessen. Jedenfalls unterliegt die Verhältnisbestimmung der Elemente eines Wertsystems einer nie erledigten Überprüfung und Neuinterpretation.

Konfliktstrategie

Auf dem Höhepunkt terroristischer Gewaltakte im vergangenen Jahr haben deutsche Katholiken gemeinsam mit ihren Landsleuten eine Verhaltenseinstellung beschworen, die als ein charakteristisches Merkmal der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft überliefert wird: den Konsens aller Demokraten. Die verklärende Erinnerung übersieht jedoch, daß der Konsens des Parlamentarischen Rats über Text und Interpretation des Grundgesetzes zu einem geschichtlichen Raumzeitpunkt immerhin nur so beschaffen sein konnte, daß dasselbe Grundgesetz sowohl einer von Adenauer geführten CDU-Regierung wie auch einer von Schumacher geführten SPD-Regierung die Verwirklichung ihrer zweifelsfrei divergierenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen gestattet hätte; der Konsens über die Eckwerte ließ also Interessenkonflikte im strategisch-instrumentellen Bereich durchaus zu.

Demgegenüber bezieht sich das gegenwärtige Konsensverlangen nicht nur auf den Bereich der Eckwerte, sondern wuchert ölfleckartig aus; es wird bemüht für die Atomenergiegesetze, den Radikalenerlaß, die Art der Terrorismusbekämpfung, die Gewissensüberprüfung der Wehrdienstverweigerer, das Hochschulrahmengesetz, sogar für Globalsteuerung und Tarifpolitik.

Eine überstrapazierte Konsensforderung läßt eine für das politische Aktions-

feld unverzichtbare Alternative bis zur Unkenntlichkeit verkümmern. Die Parteien drängeln sich in der Mitte zusammen, sind ängstlich um Ausgewogenheit, um Anpassung und Imitation der anderen Seite besorgt, übertragen mit ihrem Proporzdenken und -handeln die eigene Lähmung auf die öffentlichen Medien. Der Konsensdruck in der Mitte führt dann dazu, daß Andersdenkende an den Rändern abgestoßen werden. Gleichzeitig wird jedoch das kämpferische Potential auf den hautnahen politischen Gegner entladen. Die verbale Polarisierung des Bundestagswahlkampfes 1976 „Freiheit oder Sozialismus“ veranschaulicht die Fernwirkung der Konsensumklammerung: einen ideologischen Grabenkrieg auf der strategisch-instrumentellen, auf der soziotechnischen Ebene.

Der dritte Lernschritt der deutschen Katholiken zielt ab auf erhöhte Konflikttoleranz einer Euro-Kirche. Man wird zwischen dem Konsensbedarf bei den Eckwerten und den Dissensmöglichkeiten in der Soziotechnik unterscheiden müssen. Denn die Übereinstimmung in den Zielsetzungen erzwingt nicht den Verzicht auf Auseinandersetzung über die strategischen Instrumente, sondern fordert sie eher heraus. Da die Katholiken in den Nachbarländern zahlreiche politische Ereignisse, das Parteienspektrum, marxistische Analysen und Programme, markt- oder planwirtschaftliche Ordnungsentwürfe eher der soziotechnischen Ebene zurechnen, erscheint es erwägenswert, wenn die deutschen Katholiken manche gängige Zielformulierung, die ihrer Meinung nach einer „Entweder-Oder“-Entscheidung unterliegt und die sich deshalb als kategorischer Imperativ aufdrängt, auf die soziotechnische Ebene herabstufen. Als Instrumentenvariable, die sich lediglich als hypothetischer Komparativ anbietet, unterliegt sie dann einer „Mehr-Weniger“-Entscheidung.

Die methodische Unterscheidung zwischen Ziel- und Instrumentenebene erfordert die Fähigkeit sowohl zum strategischen Konflikt als auch die zum strategischen Kompromiß. Kompromißbereitschaft und Konfliktstrategie fallen zwar häufig unter das Verdikt rigoroser Moralisten, die an die Treue zu sich selbst bzw. an das Wir-Gefühl appellieren. In beiden Fällen wird jedoch die Vorläufigkeit menschlicher Erkenntnis sowie das Wagnismoment menschlichen Handelns sowohl des einzelnen wie der Gesellschaft übersehen. Dabei führt totaler Konflikt zur Zerstörung der Gesellschaft, während Harmonisierungsdruck eine Gesellschaft totalitär macht. Gesellschaften dagegen, in denen gleichberechtigte Menschen mit unterschiedlichen Begabungen, Interessen und Wertorientierungen zusammenleben, sind angewiesen auf strategischen Konflikt und strategischen Kompromiß.

Deutsche Katholiken sind nicht gerade vertraut mit einer positiven oder wenigstens unbefangenen Einstellung zu Konfliktstrategien; dazu ist das äußere Erscheinungsbild hoher kirchlicher Gremien noch zu sehr von einer Mentalität verschleiender Harmonisierung geprägt. Man schreckt in der Regel davor zurück, Meinungsverschiedenheiten offen einzugestehen und auszutragen. Wird

man mit sachlichen Auseinandersetzungen konfrontiert, ist man bestrebt, sie zu personalisieren und zu moralisieren. Um so dringender erscheint jedoch auf dem Weg zu einer Euro-Kirche die Warnung vor autoritären Umklammerungsgesten bzw. die Aufgabe, Konflikt- und Kompromißfähigkeit auf der soziotechnischen Ebene zu lernen.

Basiskontakt

Die deutschen Katholiken können die organisatorische Begabung ihrer Kirche selbstbewußt vorzeigen, denn die Hilfswerke, der Verband der Diözesen, das katholische Büro Bonn, die kirchlichen Verbände, das Zentralkomitee, die gemeinsame Kommission von Bischofskonferenz und Zentralkomitee, die Rahmenordnung für die pastoralen Strukturen und für die Leitung und Verwaltung der Bistümer sind in Europa ohne Beispiel.

Daß die katholische Kirche typisch für diesen Staat ist, wird nicht als Belastung empfunden. Der Strategie der Gewerkschaften vergleichbar hat sich die Kirche für die Integration in das System entschieden und ist selbst zu einem Stabilisierungsfaktor geworden. Als Körperschaft öffentlichen Rechts weist sie die Hilfs- und Zubringerdienste des Staats nicht zurück, ist auch zu Gegenleistungen bereit. Sie erscheint in der Rolle eines mächtigen Interessenverbands, die die vielfältigen Kanäle zu den politischen Entscheidungsträgern, wenn auch nicht jeder Partei in Anspruch zu nehmen weiß. Wenn sie dabei als Interessenvertretung ihrer selbst gelegentlich eher für die Wahrung der Rechte ihrer eigenen Mitglieder zu mobilisieren ist als für die Rechte von Nichtmitgliedern außerhalb ihrer Schichtung und Wertorientierung, so wird das in Kauf genommen. Für einen Großteil der deutschen Katholiken jedenfalls scheint dieses staatlich-kirchliche Kooperationsmodell überzeugend zu sein.

Der vierte Lernschritt der deutschen Katholiken besteht in der Einsicht, daß möglicherweise das staatlich-kirchliche Kooperationsmodell für eine Euro-Kirche, d. h. auf die Katholiken in den Nachbarländern weniger überzeugend wirkt. Sie werden sich nach dem Preis erkundigen, der für dieses Modell zu entrichten ist. Die an die deutschen Katholiken gerichteten Anfragen lassen sich so vorstellen:

1. Die Organisationstheorie hat verschiedene Schwachstellen korporativer Organisationsmodelle bloßgelegt. Reproduziert das deutsche Kirchenmodell nicht einen Katholiken des arithmetischen Mittels? Oder ist es zufällig, daß man in der deutschen Kirche herausragende Einzelchristen, prophetische Gestalten suchen muß? Besteht nicht die Gefahr, daß sich Konferenzmitglieder hinter Kollektivbeschlüssen verstecken, und daß die Phantasie von Generalsekretären im Verlesen des Abschlußkommunikés steckenbleibt?

3. Die Zentralisierungstendenzen der staatlichen Verwaltung entfremden den

öffentlichen Dienst immer mehr dem unmittelbaren Kontakt mit den Bürgern. Wie schließt man in der deutschen Kirche die Kommunikations- und Legitimationslücken zwischen kirchlichen Funktionären und den Gemeinden an der Basis? Signalisiert nicht das Wort von der „verdrängten Synode“ einen Konflikt zwischen den vitalen Interessen der Gemeinden und den Entscheidungsgremien der Kirche, die sich gegenüber dieser Basis zu verselbständigen drohen? Wie hält man die Identität zwischen Großkirche und den Gemeinden an der Basis aufrecht?

3. Die Parlamente der westlichen Demokratien spiegeln kaum noch die Zusammensetzung der Bevölkerung. Gilt dieses Phänomen analog für die Entscheidungsgremien der Kirche im Vergleich mit den Kirchenmitgliedern? Läßt sich die Abschirmung dieser Gremien gegenüber unterprivilegierten Gruppen wie Arbeitern, Frauen, Jugendlichen überwinden, läßt sich die Präsenz der Kirche in diesen Schichten verdichten? In welchem Ausmaß ist die deutsche Kirche bereit, staatliche Privilegien abzubauen und auf parastaatliche Insignien bzw. kapitalistische Prestigesignale zu verzichten?

Eine Euro-Kirche wurde als Lernziel vorgestellt, Lernschritte wurden aufgezeigt. Beides ist stark eingefärbt durch Erfahrungen während eines Kolloquiums zwischen Vertretern verschiedener Kirchen aus sieben europäischen Ländern; diese Tatsache mag manche Einseitigkeit erklären. Jedenfalls wird eine Euro-Kirche nicht identisch sein mit dem Kirchenmodell der Bundesrepublik, auch nicht identisch mit dem Kirchenmodell eines anderen europäischen Landes. Sie wird aus einem dialogischen Prozeß des Gebens und Nehmens verschiedener Begabungen und Herausforderungen in den einzelnen Ländern entstehen. Man wird sie im Experiment lernen.